

Von Feindschaft zu Partnerschaft. Der lange Weg der deutsch-polnischen Verständigung

Klaus Ziemer

Zusammenfassung:

Nach 1945 extrem belastet, verbesserten sich die deutsch-polnischen Beziehungen ab 1965 durch Initiativen der Kirchen und danach durch die deutsche Ostpolitik. Nach 1989/90 haben – nicht ohne Rückschläge – Regierungen wie Gesellschaften ein partnerschaftliches Verhältnis zueinander entwickelt.

Es dürfte wenige Beispiele für so tief zerrüttete Verhältnisse zwischen zwei Nationen geben wie das zwischen Polen und Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Das Dritte Reich Adolf Hitlers begann am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen, dem sich am 17. September die Sowjetunion Stalins anschloss, den Zweiten Weltkrieg. Der „Vernichtungskrieg“ des Großdeutschen Reiches, der sich ab 1941 auch gegen die Sowjetunion richtete, sollte „Lebensraum“ für das deutsche Volk im Osten schaffen. Im Ergebnis der systematisch durchgeführten Vernichtungspolitik wurden fast 6 Millionen oder 20% der polnischen Bevölkerung ermordet, darunter fast 3 Millionen polnische Staatsbürger jüdischer Herkunft und große Teile der polnischen Intelligenz.

Ein Ergebnis des Zweiten Weltkriegs war die „Westverschiebung“ Polens. Die polnischen Ostgebiete der Jahre 1921 bis 1939, die überwiegend von Ukrainern und Weißrussen besiedelt waren, mussten von Polen an die Sowjetunion abgetreten werden. Dafür erhielt Polen nach dem Potsdamer Protokoll der alliierten Siegermächte die östlich der Flüsse Oder und Lausitzer Neiße gelegenen Gebiete des Deutschen Reiches



Prof. Dr. Klaus Ziemer

Lehrt Politikwissenschaft an der Kardinal Stefan Wyszyński-Universität
Warschau

in den Grenzen von 1937, mit Ausnahme des nördlichen Teils von Ostpreußen. Während des Zweiten Weltkriegs wurden Hunderttausende Polen aus den polnischen Gebieten der Zwischenkriegszeit vertrieben, die sich das Deutsche Reich zur „Germanisierung“ einverleibte. Nach 1945 mussten ebenfalls Hunderttausende Polen ihre angestammte Heimat in den Gebieten verlassen, die mit Billigung der Westmächte nach 1945 an die Sowjetunion fielen.

In den bisherigen Gebieten des Deutschen Reiches östlich von Oder und Neiße, wo bis 1939 9,6 Millionen Menschen gelebt hatten, wurde die deutsche Bevölkerung, soweit sie nicht vor der anrückenden Roten Armee geflohen war, nach den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz von 1945 gezwungen, ihre angestammte Heimat zu verlassen. Sie wurde zwangsweise in die vier Besatzungszonen Deutschlands in den Nachkriegsgrenzen ausgesiedelt.

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen 1949-1969

Zu den drängendsten Aufgaben nach Kriegsende zählte in Deutschland die Integration der rund 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den früheren Ostprovinzen des Deutschen Reiches, der Tschechoslowakei, Ungarn und anderen Staaten Südost- und Osteuropas. Obwohl das Potsdamer Protokoll von 1945 die dort festgelegte deutsch-polnische Grenze als vorläufig bezeichnet hatte und die endgültige Regelung einer künftigen Friedenskonferenz vorbehielt, galt in allen Besatzungszonen – und nach der Gründung der Bundesrepublik und der DDR 1949 auch dort – von Anfang an der Grundsatz der Integration der Neuankömmlinge in die deutsche Nachkriegsgesellschaft.

Ende der 1940er Jahre konnten sich in Westdeutschland Organisationen der Vertriebenen bilden, die seit 1957 im „Bund der Vertriebenen“ (BdV) zusammengeschlossen waren. Ihre 1950 verkündete „Charta der Heimatvertriebenen“ wurde einerseits als Dokument gefeiert, in dem die deutschen Vertriebenen zwar ein „Recht auf Heimat“ einforderten, aber ausdrücklich auf Gewalt und Vergeltung verzichteten. Andererseits fand sich in ihm kein Wort zu den Ursachen, die zu ihrem Heimatverlust geführt hatten.

Die Heimatvertriebenen wurden über Jahrzehnte zu einer einflussreichen Lobby-Gruppierung in der Bundesrepublik. Ihre Mitglieder rekrutierten sich aus allen politischen Parteien, was sich auch in der wechselnden Parteimitgliedschaft (CDU/CSU und SPD) der BdV-Vorsitzenden bis 1969 widerspiegelte. Ihre Forderung nach einer Revision der deutsch-polnischen Nachkriegsgrenze wurde von allen im Bundestag vertretenen Parteien unterstützt.

Nach den in Potsdam festgelegten Reparationsbestimmungen erhielt Polen aus dem Anteil der Reparationen, die die Sowjetunion (aus der sowjetischen Besatzungszone und später der DDR) erhielt, einen Anteil von 15%. Als die Sowjetunion nach dem Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 auf weitere Reparationen verzichtete, zwang sie Polen, ebenfalls auf seinen Anteil auf Reparationen (für Deutschland als Ganzes) zum 1. Januar 1954 zu verzichten. Die Volksrepublik Polen erklärte 1955 den Kriegszustand mit Deutschland für beendet und war bereit zu einer Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland.

Die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik waren in den 1950er Jahren jedoch – abgesehen von den Bemühungen um eine in immer weitere Ferne rücken-

de deutsche Wiedervereinigung – in erster Linie durch die Bestrebungen Bundeskanzler Adenauers um eine umfassende Westintegration der Bundesrepublik gekennzeichnet. Nach dem Grundsatz „Der Schlüssel zur Wiedereinigung liegt in Moskau“ wurden nach dem Besuch Adenauers in Moskau 1955 diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufgenommen. Im Übrigen gab es jedoch fast keine Ostpolitik.

Zu Polen gab es auf relativ niedrigem Niveau Beziehungen auf der transnationalen Ebene, also zwischen nichtstaatlichen Akteuren, etwa im Bereich der Wirtschaft. Hatten bis Ende der 1940er Jahre Millionen Deutsche Polen zwangsweise verlassen müssen, so wurden ab 1950 Deutsche in Polen an der Ausreise gehindert, weil sie zum Beispiel in der Wirtschaft gesuchte Fachkräfte waren. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre konnten im Rahmen der Familienzusammenführung („Operation link“) Zehntausende Deutsche nach Deutschland ausreisen, was von den Rotkreuzgesellschaften beider Staaten organisiert wurde. Kamen in den Jahren 1952-55 737 Personen, so stieg die Zahl über 1956: 14.992 und 1957: 90.317 auf 1958: 110.753. Ab 1959 gaben offizielle polnische Statistiken über Jahrzehnte die Zahl der in Polen lebenden Deutschen mit 3.000 an.

Erste Bewegungen in den Beziehungen zwischen den Gesellschaften

In Deutschland waren die Beziehungen zu Polen in den ersten zwei Jahrzehnten nach 1945 fast tabu. In weiten Teilen der Gesellschaft herrschte das Bewusstsein, vorwiegend Opfer des Krieges gewesen zu sein. Kaum hinterfragt wurde die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg. Unbekannt oder verdrängt waren die unzähligen Verbrechen, die Deutsche im besetzten Polen begangen hatten.

In Polen war die deutsche Besatzungspolitik in der Gesellschaft noch in tiefer Erinnerung – fast jede Familie hatte Angehörige verloren. Der Hass auf alles Deutsche war das wichtigste Band, das die Gesellschaft mit der ungeliebten kommunistischen Regierung verband. Diese deutsch-polnischen Nicht-Beziehungen wurden durch die mit dem Eisernen Vorhang verbundenen Reiseerschwernisse und die deutsche Teilung zusätzlich belastet.

Es waren Akteure der Zivilgesellschaft, genauer: die Kirchen, die als Erste nach Verständigungsmöglichkeiten mit den Nachbarn suchten. Die am 1. Oktober 1965 von der Kammer für öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland veröffentlichte so genannte Ostdenkschrift¹ stellte erstmals in einer breiteren Öffentlichkeit Fragen nach deutscher Schuld am und im Zweiten Weltkrieg sowie nach den Konsequenzen daraus. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wurde zwar nicht explizit gefordert, lag nach der Argumentationsführung aber nahe. Die Denkschrift löste eine monatelange hoch emotional und polarisierend geführte Debatte in der Öffentlichkeit aus. Tausende traten aus Protest aus der Evangelischen Kirche aus. Mittel- und langfristig führte sie jedoch zu einer breiteren Akzeptanz der Oder-Neiße-Grenze² und trug so zur Vorbereitung der Gesellschaft auf die ab 1969 geführte Ostpolitik der sozialliberalen Koalition bei.

Auch ermutigt durch die EKD-Denkschrift richteten gegen Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils die in Rom versammelten polnischen Bischöfe am 18. November 1965 einen Brief an ihre deutschen Amtsbrüder, in dem sie tausend Jahre deutsch-polnischer Beziehungsgeschichte vorwiegend unter religiösen Gesichtspunkten darstell-

ten und diese bis ins 18. Jahrhundert positiv bewerteten. Erst danach sei es zu deutsch-polnischen Konflikten gekommen, mit dem schrecklichen Höhepunkt im Zweiten Weltkrieg. Der Brief endete mit den viel zitierten Worten: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ sowie einer Einladung an die deutschen Bischöfe zum bevorstehenden Millennium der polnischen Kirche.³ Bei ihrem mutigen, mit der Parteiführung nicht abgestimmten Brief hofften die polnischen Bischöfe auf eine Unterstützung der deutschen Amtsbrüder für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und eine kirchenrechtliche Neuordnung in den früher deutschen Gebieten.

Genau das konnten und wollten die deutschen Bischöfe jedoch nicht. Mehr als an einem Durchbruch in den Beziehungen zu Polen lag ihnen zu diesem Zeitpunkt an der Wahrung der innerkirchlichen Kräfteverhältnisse in Deutschland, die durch eine seit Beginn der Bundesrepublik bestehende enge Zusammenarbeit zwischen Katholischer Kirche, den Unionsparteien und den Vertriebenenverbänden gezeichnet war. Konflikte wie in der Evangelischen Kirche nach der Ostdenkschrift sollten vermieden werden. Die Antwort der deutschen Bischöfe fiel daher eher freundlich-distanziert aus. Die Oder-Neiße-Grenze wurde mit keinem Wort erwähnt.

In Polen reagierte die Parteiführung auf den Brief der Bischöfe mit einer Kirchenverfolgung wie seit der Stalinzeit nicht mehr. Sie war aufgebracht darüber, dass die Bischöfe mit ihrem Brief das außenpolitische Monopol der Partei durchbrachen, einen ganz anderen deutschlandpolitischen Kurs verfolgten und implizit auch den Anspruch der Partei in Frage stellten, der einzige Repräsentant der Nation zu sein. Die historische Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen, wie sie die Bischöfe gaben, wich grundlegend ab von der Geschichtsinterpretation der polnischen Kommunisten. *Sie* sprachen von 1000 Jahren deutscher Bedrohung und instrumentalisierten Hass und Furcht vor Deutschland immer wieder, um ihre schwache innenpolitische Legitimation zu stärken.

Die Angriffe der Parteiführung auf den polnischen Episkopat fanden zunächst durchaus Resonanz auch in der Gesellschaft, die auf den Schritt der Bischöfe völlig unvorbereitet war. Erst nach einigen Wochen wurde Vielen deutlich, dass es der Partei weniger um polnische Interessen gegenüber Deutschland als um eine Fortsetzung des alten Kampfes der Parteiführung gegen die Kirche ging. Auf einer Massenveranstaltung mit dem Primas der Katholischen Kirche, Kardinal Wyszyński, im polnischen Nationalheiligtum Tschenstochau am 3. Mai 1966 riefen Zehntausende Gläubige demonstrativ „Wir vergeben, wir vergeben“.

In Deutschland veröffentlichte eine kritische Minderheit katholischer Intellektueller, die angesichts der Antwort der deutschen Bischöfe Unbehagen verspürte, im März 1968 ein Memorandum zu Polen, in dem die Haftungspflicht der gesamten deutschen Nation für Polen betont und Entschädigung für polnische NS-Opfer gefordert wurde. Postuliert wurde auch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Deutschland sowie die Neugliederung der Diözesen in den früher deutschen Gebieten.

Erst nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der kirchenrechtlichen Neuordnung in den früher deutschen Gebieten 1972 wurde für Viele der Blick frei auf den eigentlichen Kern des polnischen Bischofsbriefs, die visionäre Botschaft einer künftigen deutsch-polnischen Versöhnung, gegründet auf dem Bekenntnis der eigenen Schuld und der Bereitschaft dem Anderen zu vergeben. Diese Botschaft hat in beiden Völkern Menschen motiviert, den Dialog zu suchen und die Feindschaft zu überwinden. Sie wurde zunehmend zum Bezugspunkt für die Tätigkeit der Kirchen und von engagierten Intellektuellen zum Kontakt mit dialogbereiten Partnern im Nachbarland. Auf polnischer Seite zählten hierzu Persönlichkeiten wie Tadeusz Mazowiecki, Sta-

nisław Stomma oder Władysław Bartoszewski, die nach 1989 Führungspositionen im demokratischen Polen einnahmen und über gute persönliche Kontakte zu Intellektuellen in der alten Bundesrepublik wie in der DDR verfügten.

Die bundesdeutsch-polnischen Beziehungen 1969-1990

Der Bau der Berliner Mauer 1961 machte das Scheitern der bisherigen Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik deutlich. In einer Grundsatzrede zur Deutschland- und Ostpolitik plädierte Egon Bahr, enger Mitarbeiter des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt (SPD), 1963 in Tutzing für einen „Wandel durch Annäherung“. Die bestehenden Machtverhältnisse sollten zunächst einmal anerkannt, Vertrauen aufgebaut und dann schrittweise Veränderungen erreicht werden. Mit der Bildung der Großen Koalition 1966, in der Brandt Außenminister wurde, begann eine erste vorsichtige Umsetzung dieser Maximen. Bereits 1963 hatte die Regierung Erhard mit der Errichtung von Handelsmissionen in den mittel- und osteuropäischen Staaten, darunter in Warschau, eine erste politische Öffnung gegenüber diesen Ländern begonnen.

Die im Herbst 1969 gebildete sozialliberale Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel (FDP), der das Außenministerium übernahm, führte nach kurzer Zeit eine Bestandsaufnahme der deutschen Ostpolitik durch. Im August 1970 wurde ein deutsch-sowjetischer Vertrag unterzeichnet, in dem die Bundesrepublik die bestehenden Grenzen in Europa anerkannte. Das beinhaltete auch die Oder-Neiße-Grenze. Der Vertrag enthielt jedoch in Artikel 5 einen verklausulierten Hinweis auf die fortbestehende Gültigkeit des Potsdamer Protokolls. Für die deutsche Seite bedeutete das, dass die Sowjetunion anerkannte, dass die deutsche Ostgrenze erst auf einer – 1970 nicht einmal in Ansätzen erkennbaren – Friedenskonferenz festgelegt werden sollte.

Am 7. Dezember 1970 unterzeichneten Brandt und Scheel in Warschau einen deutsch-polnischen Vertrag, der in Artikel 1 den Verlauf der polnischen Westgrenze von der Ostsee bis zur tschechoslowakischen Grenze feststellte. Artikel 2 enthielt einen Gewaltverzicht und Artikel 3 die Absicht, die beiderseitigen Beziehungen weiter zu normalisieren. Artikel 4 entsprach wörtlich Artikel 5 des deutsch-sowjetischen Vertrags. Die polnische Seite wollte eigentlich einen Vertrag, in dem die Bundesrepublik ohne Wenn und Aber die polnische Westgrenze anerkannte. Nachdem die Sowjetunion zuvor die weitere Gültigkeit der Potsdamer Vereinbarungen anerkannt hatte, musste Polen diese Bestimmungen jedoch akzeptieren. Die Bundesrepublik musste aufgrund des in der Präambel des Grundgesetzes festgelegten Wiedervereinigungsgebots auf dem „juristischen Offenhalten der deutschen Frage“ bestehen. Der Vertrag wäre sonst nicht verfassungskonform gewesen. Als langfristig wichtiger als dieser Vertrag erwies sich die Symbolkraft von Willy Brandts Kniefall vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos.

Seit 1969 bildete die Ostpolitik eine entscheidende Konfliktlinie in der deutschen Politik. Der BdV gab seinen früheren parteipolitischen Pluralismus auf, die Gegner der sozialliberalen Ostpolitik versammelten sich in der CDU/CSU. Die SPD-FDP-Koalition verlor ihre knappe Mehrheit, da eine Gruppe Abgeordneter aus Protest gegen die Verträge der CDU/CSU beitrug. Im Frühjahr 1972 entstand ein Patt zwischen Regierung und Opposition. Dennoch ermöglichten die Unionsparteien schließlich die Ratifizierung der Ostverträge. In den Bundestagswahlen von 1972 war die Ostpolitik das dominierende Thema. Sie wirkte so polarisierend und mobilisierend, dass mehr als 91% der

Wahlberechtigten zur Urne gingen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik erhielt die SPD mehr Stimmen als CDU und CSU.

Nach der Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrags wurden zwischen der Bundesrepublik und Polen diplomatische Beziehungen aufgenommen, doch kam es erst in Gesprächen zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) und dem polnischen Parteichef Edward Gierek am Rande des KSZE-Gipfels in Helsinki 1975 zu einem Durchbruch. In den nächsten Jahren sollten 120-125.000 Deutschstämmige aus Polen nach Deutschland ausreisen dürfen. Im Gegenzug erhielt Polen eine Pauschalzahlung von 1,3 Mrd. DM für Rentenansprüche aus Deutschland, die in Polen ausgezahlt wurden. Ferner erhielt Polen zu Vorzugskonditionen einen Kredit über 1 Mrd. DM („Jumbo-Kredit“). Die Zahl der tatsächlichen Ausreisen aus Polen lag in der Folgezeit deutlich höher als in Helsinki vereinbart. Die Bundesrepublik festigte ihren seit 1971 eingenommenen Platz als nach der UdSSR wichtigster Handelspartner Polens.

Als im August 1980 die parteiunabhängige Gewerkschaft *Solidarność* entstand und von der polnischen Führung anerkannt wurde, standen die deutschen Politiker vor dem Dilemma, sich einerseits mit den Zielen der *Solidarność* zu identifizieren. Andererseits schwächte die *Solidarność* die politische Position der Partner der deutschen Ostpolitik, der polnischen Parteiführung und Regierung. Die Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981, mit der die Delegalisierung der *Solidarność* verbunden war, wurde daher von der deutschen Regierung zwar verurteilt, aber weniger scharf als von den politischen Führungen anderer westlicher Staaten.

Nach der Aufhebung des Kriegsrechts in Polen 1983 versuchte die Bundesregierung, die seit 1982 von Helmut Kohl (CDU) geführt wurde, eine Balance zwischen der Kooperation mit der kommunistischen Führung unter General Jaruzelski und der ab 1986 fast tolerierten Opposition zu finden, ging aber bei den offiziellen Kontakten mit der (illegalen) Opposition nicht so weit wie andere westliche Regierungen.

Interesse an Polen in der Bundesrepublik durch das Entstehen der *Solidarność* 1980

Der nach der blutigen Niederschlagung von Protesten an der Ostseeküste kurz vor Weihnachten 1970 an die Macht gekommene Parteichef Edward Gierek versuchte Unterstützung in der Gesellschaft unter anderem durch eine großzügigere Genehmigung von Westreisen zu gewinnen, die auch jungen Leuten gestattet wurden. Polnische Bürger mussten für solche Reisen freilich erst einmal die nötigen Devisen aufbringen bzw. waren bei Westreisen weitgehend abhängig von der finanziellen Unterstützung durch im Westen lebende Verwandte oder Bekannte.

Immerhin ermöglichte die – gerade beim Vergleich mit der DDR – liberale Politik bei Westreisen Zehntausenden Polen in den 1970er Jahren den Besuch in Westdeutschland. Sie konnten aus eigenem Augenschein einerseits den höheren Lebensstandard als im eigenen Land kennenlernen. Zum anderen wurde für sie deutlich, dass die von der Partei in Situationen innenpolitischer Krisen immer noch wiederholten Warnungen vor der Gefahr des westdeutschen Revisionismus und Revanchismus keine Begründung in der Wirklichkeit besaßen. Die liberale Politik der Genehmigung von Westreisen hatte für die polnische Parteiführung also durchaus ambivalente Konsequenzen.

Die in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre entstehende (illegale) Oppositionsbewegung in Polen formulierte eine neue Position zur deutschen Wiedervereinigung.

Während die Regierung der Volksrepublik die deutsche Zweistaatlichkeit fast zur Staatsdoktrin erhob, argumentierte eine 1977 von (damals anonymen) Intellektuellen verfasste Schrift, wenn Polen dem Westen angehören wolle, stehe die DDR dem buchstäblich im Wege. Im Interesse Polens liege daher eine deutsche Vereinigung, allerdings unter zwei Bedingungen. Zum einen müsse die gegenwärtige polnische Westgrenze ohne Einschränkungen anerkannt werden. Zum anderen müsse das vereinigte Deutschland integraler Teil der westlichen Gemeinschaft bleiben.⁴ Diese Position wurde in den 1980er Jahren von der Mehrheit der polnischen Untergrundpresse geteilt.

Großes Interesse an Polen weckte in Deutschland das Entstehen der parteiunabhängigen *Solidarność* 1980. Die deutschen Medien berichteten ausführlich über die Situation im Lande. Sie waren fasziniert von der Existenz einer parteiunabhängigen Organisation in einem kommunistischen Staat, die immer mehr Zulauf erhielt und sich in der Praxis zu einer Organisation entwickelte, über die die Gesellschaft ihre Widersprüche zum bestehenden System zum Ausdruck brachte. Als Ende 1981 in Polen das Kriegsrecht verhängt und die *Solidarność* verboten wurde, löste das in Deutschland eine Welle der Hilfsbereitschaft aus. Millionen Pakete wurden von Privatpersonen nach Polen geschickt und bewirkten bei vielen von dieser Solidarität überraschten Polen einen Wandel des Deutschlandbildes, das noch stark durch die Kriegserfahrungen geprägt war.

Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen

Die sowjetische Besatzungszone Deutschlands war aufgrund der geografischen Nähe zu Polen und der Tschechoslowakei besonders betroffen vom Zustrom von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen. 1949 setzte sich ein Viertel der Bevölkerung der SBZ aus solchen Neuankömmlingen zusammen. Zwar gab es in den ersten Monaten nach Kriegsende auch von Seiten hoher Funktionäre von KPD bzw. SED Stimmen, die „um jeden Quadratmeter deutschen Bodens“ kämpfen wollten. Die 1950 im Görlitzer Vertrag ausgesprochene Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als deutsch-polnischer Nachkriegsgrenze war seitens der SED ein Versuch, Vertrauen zu gewinnen und im Lager der sowjetischen Verbündeten als gleichberechtigter Partner anerkannt zu werden.

Die Flüchtlinge und Vertriebenen in der DDR durften sich anders als in Westdeutschland nicht organisieren und konnten keine Trauerarbeit über den Verlust der Heimat leisten. Sie wurden offiziell als „Umsiedler“ bezeichnet. Ihr Schicksal war der SED-Führung angesichts des politischen Bündnisses mit der Sowjetunion und Volkspolen unangenehm und wurde tabuisiert. Die Integration der „Umsiedler“ in die DDR-Gesellschaft wurde 1950 für abgeschlossen erklärt.⁵

In der ersten Hälfte der 1950er Jahre stellte die SED-Führung in ihrer Propaganda Polen als ein positives Beispiel vor, dem nachgeeifert werden sollte, etwa beim „Warschauer Tempo“ des Wiederaufbaus aus den Kriegsrüinen. Diese Haltung der SED-Führung änderte sich grundlegend, als nach der schweren politischen Krise in Polen im Oktober 1956 die neue Führung unter Władysław Gomułka die Kollektivierung der Landwirtschaft einstellte, den Kampf gegen die Katholische Kirche weitgehend beendete und zumindest in den ersten Monaten eine Liberalisierung der Kulturpolitik (z.B. Einschränkung der Zensur) zuließ.

Die SED rechtfertigte die Existenz eines zweiten deutschen Staates vorwiegend mit Gründen der Unterschiede im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

System. Wenn beim Aufbau eines sozialistischen Systems auch nur in Teilbereichen vom sowjetischen Modell abgegangen wurde, wie das im Falle Polens ab 1956 zum Beispiel im Bereich der Landwirtschaft der Fall war, bedeutete das in letzter Konsequenz eine Infragestellung der Existenzberechtigung nicht nur der Herrschaft der SED, sondern der Existenz der DDR. Daher war die SED-Führung seit Oktober 1956 höchst misstrauisch gegenüber den Genossen in Warschau, die als Gefahr für die DDR wahrgenommen wurden.

Die Alarmglocken schrillten für die SED-Führung, als im Spätsommer 1980 die nach marxistisch-leninistischen Kriterien „systemwidrige“ parteiunabhängige Gewerkschaft „Solidarität“ in Polen offiziell zugelassen wurde. Honecker war im Sommer 1981 bereit, nach dem Beispiel der Tschechoslowakei 1968 militärisch in Polen zu intervenieren. Im Oktober 1980 wurde der seit 1972 geltende visafreie Grenzverkehr aufgehoben. Von offizieller DDR-Seite wurde danach eine Propaganda-Kampagne gegen Polen begonnen, die das Ziel hatte, den Funken der *Solidarność* nicht auf Polen überspringen zu lassen. Dabei wurden – erfolgreich – in der Gesellschaft der DDR bestehende antipolnische Stereotype instrumentalisiert.

Die Einführung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 und das Verbot der *Solidarność* wurden von der DDR-Führung begrüßt. Schon bald wurde jedoch innerhalb der SED-Spitze kritisiert, dass in Polen das Militär regiere und nicht die Partei. Als Michail Gorbatschow 1985 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wurde und mit der „Perestrojka“ den Sozialismus in seinem Land reformieren wollte, verlor die SED ihren wichtigsten ideologischen Rückhalt und resignierte zunehmend gegenüber der Entwicklung in Polen, die Ende 1980er Jahre auf einen Kompromiss zwischen der Parteiführung um General Jaruzelski und der gemäßigten Opposition hinauslief („Verhandlungen am Runden Tisch“).

In der offiziellen DDR gab es keine Auseinandersetzung mit den deutschen Kriegsverbrechen in Polen. Die DDR sei von Anfang an antifaschistisch gewesen und habe nichts mit den Verbrechen des Nationalsozialismus zu tun. Damit habe sich allein die Bundesrepublik auseinanderzusetzen. Eine öffentliche Diskussion darüber, wie weit die Deutschen in der DDR für den Nationalsozialismus und seine Verbrechen in den Nachbarstaaten mit verantwortlich waren, wurde unterbunden. Das wiederum weckte Misstrauen in Polen, auch wenn das angesichts der „von oben“ erklärten Freundschaft zwischen der DDR und Polen nicht offen ausgesprochen wurde.

Es gab jedoch Nischen in der Gesellschaft der DDR wie Kirchengemeinden, in denen die gemeinsame Verantwortung für die Vergangenheit betont wurde. Bereits 1958 wurde die „Aktion Sühnezeichen“ durch den Präses der Kirchenprovinz Sachsen, Lothar Kreyssig, ins Leben gerufen, die junge Deutsche zur Friedensarbeit in Länder entsandte, die unter deutscher Besatzung gelitten hatten. Die SED, die „Versöhnung“ als „anachronistisch“ betrachtete, da sie bereits während des Krieges unter Kommunisten stattgefunden habe, versuchte solche Reisen zu unterbinden.⁶ Erst die am 18. März 1990 demokratisch gewählte Volkskammer der DDR bekannte sich in ihrer ersten Sitzung zur Mitverantwortung der in der DDR lebenden Deutschen für die Verbrechen des Nationalsozialismus unter anderem in Polen.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen nach 1990

Der im September 1989 ernannte erste nichtkommunistische polnische Ministerpräsident der Nachkriegszeit, Tadeusz Mazowiecki, rief in seiner Regierungserklärung zu

einer Neugestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Muster der deutsch-französischen Beziehungen auf. Die Gesellschaften seien weiter als die Regierungen. Als am 9. November 1989 Bundeskanzler Helmut Kohl zu seinem lange vorbereiteten Besuch in Warschau eintraf, fiel in Berlin die Mauer. Kohl flog für einen Tag nach Berlin, kehrte aber nach Polen zurück, feierte mit Mazowiecki in Kreisau eine „Versöhnungsmesse“ und unterzeichnete eine Reihe von Verträgen zur engeren Zusammenarbeit im Bereich von Wirtschaft und Kultur.

Misstrauen blieb auf der polnischen Seite aber bezüglich der Haltung Kohls zur Grenzfrage bestehen, zumal er in seinem überraschenden Zehn-Punkte-Plan vom 28.11.1989 zur mittel- und langfristigen Herstellung der deutschen Einheit die deutsch-polnische Grenze mit keinem Wort erwähnte. Als der Weg zur deutschen Einheit über die so genannten Zwei-plus-Vier-Verhandlungen beschritten wurde, wurde Polen im Juli 1990 an der Verhandlungsrunde in Paris beteiligt, auf der es um die endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze ging. Es wurde vereinbart, dass unmittelbar nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ein Grenzvertrag unterzeichnet würde, der die bestehende Grenze bestätigt. Die Bundesrepublik verpflichtete sich, sofort nach der Vereinigung das Grundgesetz zu ändern und weitere Gesetze, die vom Fortbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 ausgingen, anzupassen. U.a. wurde aus der Präambel des Grundgesetzes das Wiedervereinigungsgebot gestrichen, so dass es für territoriale Ansprüche Deutschlands keine verfassungsrechtliche Grundlage mehr gibt.

Sechs Wochen nach der deutschen Vereinigung wurde am 14.11.1990 der Grenzvertrag unterzeichnet, mit dem ein schmerzhaftes Kapitel der deutsch-polnischen Geschichte abgeschlossen wurde. In die Zukunft gerichtet ist der am 17. Juni 1991 unterzeichnete umfangreiche „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“. Er legte die rechtlichen Grundlagen für eine engere Zusammenarbeit vor allem zwischen den beiden Gesellschaften im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich sowie bei Partnerschaften zwischen Städten und Regionen. Ferner wurde die Gründung eines deutsch-polnischen Jugendwerks beschlossen. Ein zentraler Punkt für die deutsche Seite war die Garantie von Rechten nach internationalen Standards für die in der Volksrepublik jahrzehntelang diskriminierte deutsche Minderheit in Polen. In Deutschland lebenden Polen, die allerdings keinen Minderheitenstatus erhielten, wurden identische Rechte zugesichert.

Alle Bundesregierungen hatten polnische Forderungen nach Entschädigung für Opfer von Konzentrationslagern und Zwangsarbeit mit dem Hinweis auf die im Londoner Schuldenabkommen von 1953 getroffene Regelung abgelehnt, hierüber werde auf der in Potsdam 1945 in Aussicht gestellten Friedenskonferenz verhandelt. Als 1990 die deutsche Einheit nicht durch eine Friedenskonferenz, sondern den „Zwei-plus-Vier-Prozess“ hergestellt wurde, verzichtete Polen in Erwartung einer großzügigen deutschen Entschädigung auf eine vertragliche Regelung. Die Bundesregierung zahlte 1992 in eine neu gegründete „Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ 500 Millionen DM ein, deutlich weniger, als die polnische Seite erwartet hatte. Erst 2000 wurde zwischen der rot-grünen Bundesregierung und Vertretern der deutschen Industrie eine Verständigung über die je zur Hälfte finanzierte Zahlung von 10 Milliarden DM an ehemalige KZ-Häftlinge, Ghetto-Insassen und Zwangsarbeiter vor allem aus den früher kommunistischen Ländern erzielt. 2001 bis 2006 wurden davon in Polen 975,5 Millionen Euro an 484.000 Personen ausgezahlt.

Die deutsche Seite hatte sich bereits im Nachbarschaftsvertrag bereit erklärt, Polens Bestrebungen zum Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften nach Kräften zu unter-

stützen. Tatsächlich hat kein anderer Staat die Integration Polens in das politische, wirtschaftliche und militärische Institutionensystem des Westens so nachhaltig gefördert wie Deutschland. Die politischen Eliten beider Staaten sprachen seit Beginn der 1990er Jahre von einer „Werte- und Interessengemeinschaft“, deren wichtigste strategische Ziele mit dem Beitritt Polens zur NATO 1999 und zur EU 2004 erreicht wurden.

Allerdings wurden im Irakkrieg 2003 auch politische Differenzen zwischen Deutschland und Polen deutlich. Während Bundeskanzler Gerhard Schröder eine Beteiligung der Bundesrepublik an einem militärischen Einsatz im Irak kategorisch ablehnte, schickte Polen Soldaten, die an der Seite der US-Armee kämpften und sogar eine eigene Besatzungszone im Irak erhielten. Polen wollte in den Augen der Amerikaner ein loyaler Verbündeter sein, der im Bedarfsfall (d.h. bei einem eventuellen russischen Angriff auf Polen) auch auf die Loyalität der USA setzen kann. In überparteilichem Konsens befürworteten in Polen die politischen Eliten auch eine europäische Verteidigungsidentität, die allerdings nicht gegen die USA gerichtet sein dürfe, sondern komplementär zur NATO aufgebaut werden müsse.

In den bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen hat es im ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre gelegentliche Irritationen gegeben, die durch gegensätzliche Wahrnehmungen insbesondere bezüglich der Zeitgeschichte ausgelöst wurden. Im Anschluss an die Veröffentlichung von Günter Grass' Buch „Im Krebsgang“, das den Untergang der „Gustloff“ im Januar 1945 thematisierte,⁷ befasste sich eine Reihe von Serien in Print- und audiovisuellen Medien in Deutschland mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Schicksal insbesondere der Ostdeutschen, die vor der Roten Armee flohen oder von ihr überrollt wurden. In polnischen Medien wurde daraufhin darüber diskutiert, ob sich die Deutschen nun von Tätern zu Opfern des Zweiten Weltkriegs wandelten. Zu einem solchen Eindruck trugen auch die Bemühungen von Persönlichkeiten des Bundes der Vertriebenen bei, in Berlin ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu gründen. Die im Jahre 2000 von BdV-Funktionären gegründete, in Deutschland kaum bekannte „Preußische Treuhand“ erkannte zwar die Grenzänderung nach 1945 an, sah davon aber die privatrechtlichen Besitzverhältnisse nicht betroffen und forderte von der polnischen Regierung entweder die Rückgabe von Immobilien an ihre früheren Besitzer oder Entschädigung. Millionen Menschen in den Oder-Neiße-Gebieten fürchteten daraufhin um ihre Wohnungen. Städte wie Warschau ließen die Kosten der durch den Krieg verursachten Zerstörungen neu berechnen, der Sejm forderte im September 2004 die Regierung zu Reparationsverhandlungen mit der Bundesregierung auf, was beide Regierungen ignorierten. Erst als der Europäische Menschengerichtshof in Straßburg im Oktober 2008 eine Klage der Preußischen Treuhand abwies, war dieses Thema erledigt. In Polen war dieses Urteil in allen Medien das wichtigste Tagesthema, in Deutschland wurde es kaum zur Kenntnis genommen.

Dennoch hat sich in der wechselseitigen Wahrnehmung zwischen Deutschen und Polen in den letzten Jahren Grundlegendes geändert. Die Kontakte vor allem zwischen den Gesellschaften haben sich erheblich intensiviert. Es gibt fast 1000, sehr lebendige Partnerschaften zwischen Städten und Regionen, das Deutsch-Polnische Jugendwerk hat Begegnungen von bisher rund 2,5 Millionen jungen Polen und Deutschen ermöglicht, öffentlich-rechtliche und private Stiftungen fördern zahlreiche deutsch-polnische Aktivitäten im Bereich von Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Die seit 1972 tätige deutsch-polnische Schulbuchkommission hat mit zu einem Abbau von Feindbildern beigetragen, was bis nach Ostasien große Aufmerksamkeit gefunden hat.

Deutsche und Polen sehen sich zunehmend als Partner, die man früher nicht in so positiver Weise wahrgenommen hat. In Deutschland werden die makroökonomischen

Unterstützung in Brüssel angewiesen. Das gute Verhältnis zwischen den beiden Gesellschaften dürfte sich durch den Regierungswechsel in Warschau kaum ändern.

Anmerkungen

- 1 Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift. 1965, <http://www.ekd.de/EKD-Texte/45952.html> (22.10.2015).
- 2 Die Akzeptanz der Oder-Neiße-Grenze in Westdeutschland stieg in den vom Allensbacher Meinungsforschungsinstitut erhobenen Umfragen von 1964: 22% auf 1970: 58% und 1972: 62%. Vgl. Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 1002, 1032, 1063, 1093, 2032, 2052, 2061, 2082, 5055, 5074, 7012, <http://www.ifd-allensbach.de/leistungsspektrum/information-dokumentation-und-archiv.html> (2.11.2015).
- 3 Vgl. den Text des polnischen Bischofsbriefs: http://berlin.msz.gov.pl/de/bilaterale_zusammenarbeit/deplbeziehungen/deplzusammenarbeit/hirtenbrief_der_polnischen_bischofe_an_ihre_deutschen_amtsbruder_vom_18_november_1965_und_die_antwort_der_deutschen_bischofe_vom_5_dezember_1965 (2.11.2015).
- 4 Polen und Deutschland, in: Osteuropa 29 (2), 1979, A 101-105.
- 5 Vgl. Philipp Ther: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956, Göttingen 1998.
- 6 Vgl. Theo Mechtenberg: Versöhnung gegen Widerstände. Kirchliche Poleninitiativen in der DDR, in: Friedhelm Boll, Wiesław Wysocki, Klaus Ziemer (Hrsg.): Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er-Jahre und die Entspannungspolitik, Bonn 2009, S. 296-315.
- 7 Günter Grass: Im Krebsgang, Göttingen 2002.
- 8 Vgl. die Angaben bei <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/14550/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-bip-in-polen/> (2.11.2015).
- 9 Vgl. „Germans voice US frustrations in policy poll“, <http://www.dw.com/en/germans-voice-us-frustrations-in-policy-poll/a-17763383> (2.11.2015)
- 10 Vgl. zuletzt: Agnieszka Łada: Deutsch-polnisches Barometer 2015. Polnische Ansichten zur deutsch-polnischen Partnerschaft im gemeinsamen Europa, Warschau 2015, <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1887899851.pdf> (2.11.2015).